



WARNSTREIK am 13. Februar

Arbeitgeber noch immer ohne Angebot an Gewerkschaften

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ohne ein eigenes Angebot, dafür aber der Wunsch nach Verschlechterungen bei der Definition des „Arbeitsvorgangs“ nach Paragraph 12 TV-L – das ist die aktuelle Haltung der Arbeitgeberseite bei den bisherigen Tarifverhandlungen.



Regina Valentine, Vorstandsmitglied der GdP Direktion 4: „Ganz offenkundig möchte die Arbeitgeberseite die Duldsamkeit der Beschäftigten auf die Probe stellen. Jetzt liegt es an uns Beschäftigten selbst, den nötigen Druck aufzubauen.“

Regina Valentine wurde in der GdP Direktion 4 die Verantwortung der Streikleitung übertragen.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch. Wir wollen für die Beschäftigten in den Ländern 6 Prozent mehr, mindestens aber 200 Euro pro Monat, und das bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten.“ Malchow kündigte bundesweit Aktionen und Warnstreiks an.

Der für Tarif zuständige stellv. GdP-Bundesvorsitzende René Klemmer ergänzt: „Es geht bei diesen Verhandlungen nicht nur um eine spürbare Lohnerhöhung. Die strukturellen Probleme in der Entgeltordnung müssen beseitigt werden. Eine Absenkung von Eingruppierungen durch Veränderung der Definition des Arbeitsvorganges wird es mit uns nicht geben. Wir wollen auch bestehende Ungerechtigkeiten zwischen den Beschäftigten in Bund und Kommunen auf der einen und denen in den Ländern auf der anderen Seite beseitigen. Es geht maßgeblich auch um die Entgeltordnung für die Beschäftigten in den Ländern.“

Die GdP wird am Mittwoch, den 13. Februar, gemeinsam mit der GEW, ver.di und der IG BAU vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor ziehen. Los geht es um 10 Uhr, gegen 11.30 Uhr ist eine Kundgebung auf dem Pariser Platz geplant. Tarif-Kolleginnen und -Kollegen aus den Polizeidirektionen und Ämtern sind ebenso zur Teilnahme am Warnstreik aufgerufen wie Tarifbeschäftigte der Berliner Feuerwehr, dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, den Bürger- und Ordnungsämtern in den Bezirken sowie des Allgemeinen Ordnungsdienstes und der Parkraumbewirtschaftung. Auch Beamtinnen und Beamte können und sollen in ihrer Freizeit teilnehmen. Der Tarifabschluss ist maßgeblich dafür, wie hoch die nächste Besoldungserhöhung ausfällt. Der Berliner Senat hatte zugesichert, dass man den Durchschnittswert der Besoldungserhöhung in den übrigen Bundesländern plus 1,1 Prozentpunkte für die Berliner Beamtinnen und Beamte übernehmen werde.



STREIK
AHERMITMEHR2019
AUFRUF

Mit kollegialen Grüßen

Deine GdP Direktion 4

Wir gestalten das
HIER und JETZT !

Im Einsatz – im Thema.
POLIZEI PRAXIS



INFORMIEREN.
POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

AUCH
MENSCH
POLIZEI IM SPANNUNGSFELD



Gewerkschaft
der Polizei